

Dr. Otto Graf Lambsdorff:

**„Mut statt Mißmut
- für ein liberales Deutschland“**

(20. August 1992)

Mut statt Mißmut

für ein liberales Deutschland

von Dr. Otto Graf Lambsdorff, MdB

Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei

Mit diesem Beitrag fordere ich zu einer Diskussion über notwendige Kursentscheidungen der deutschen Politik auf, die keine weitere Verzögerung dulden.

Dieser Beitrag will provozieren zur Auseinandersetzung über die Zukunft unseres vereinigten Deutschlands. Vielleicht müssen wir wieder richtig streiten lernen, um uns besser vertragen zu können. Wir müssen uns auseinandersetzen, um zusammenzukommen: Für mehr Klarheit über unsere Zukunftsalternativen und für mehr Redlichkeit über unsere politischen Absichten. Wir müssen Konflikte wieder benennen und in der Diskussion radikal austragen. Politik muß klarer und transparenter werden.

Diese Schrift ist deshalb ein Angriff auf falsche Ansprüche, falsche Erwartungen und falsche Versprechungen. Wir müssen Schluß machen mit der Politik im Geschenkkarton. Zu oft haben die Bürger durchaus begeistert die Verpackung geöffnet und dann nichts als Luft gefunden. Wir sind an einem Punkt, wo nicht mehr alles möglich ist, was wünschenswert ist. Mehr denn je muß abgewogen werden. Machbar ist nur, was finanzierbar ist. Nur was erarbeitet und erwirtschaftet wurde, kann verteilt werden.

Neue soziale Leistungen und neue politische Wohltaten kosten künftig nicht nur Geld, sie kosten auch Einschnitte in bisherige Maßnahmen. Wir müssen künftig bei jeder neuen Leistung abwägen, ob sie uns mehr wert ist als eine alte. Denn noch mehr Finanzierung durch Schulden wäre der endgültige Krieg gegen die nächste Generation. Noch mehr Schulden zerstören die Zukunftsgrundlagen dieser Gesellschaft.

Wir haben die Einheit in Deutschland, aber wir leben in einem zerrissenen Land:

- *Wir wissen, daß uns der Verteilungskampf aller gegen alle nur in den Ruin führen kann.*

Trotzdem wird der politische Wettbewerb von Parteien und Verbänden mit immer neuen Versprechungen für immer weitergehenden Wohlstand geführt.

- **Alle reden davon, daß die deutsche Einheit oberste politische Priorität haben muß.**

Trotzdem tragen nur wenige der Tatsache Rechnung, daß Priorität immer auch heißt, daß anderes zweit- und drittrangig wird. "Aufbau im Osten statt Ausbau im Westen" ist die erklärte Devise, aber wenn es um die konkreten Verzichtete geht, endet die Einsicht. Wo ist der Beitrag der westdeutschen Bundesländer zur deutschen Einheit?

- **Der Sozialismus ist tot.**

Trotzdem glauben immer noch viel zu viele Menschen, daß es den Ärmern besser ginge, würde man nur den Reichen das Geld wegnehmen.

- **Alle wissen, daß es mehr Wohlstand nur durch mehr Leistung geben kann.**

Trotzdem erwarten große Mehrheiten eine ständige Verbesserung ihrer Lebensqualität, eine immer größere Ausweitung ihres Konsums bei immer besserem Umweltschutz und gleichzeitig weniger Leistung.

- **Die heutige Informationsgesellschaft fordert mehr denn je Individualität, Kreativität und Flexibilität des einzelnen Bürgers und der Gesellschaft.**

Trotzdem werden mit der zähen Verteidigung alter Besitzstände, mit immer neuen Regelungen, Einschränkungen und Verboten viele neue Chancen für eine individuelle Gesellschaft der Zukunft kaputtgemacht.

- **Das Ansehen von Politikern und Parteien ist auf einem Nullpunkt.**

Trotzdem erwarten viele Bürger mehr denn je eine allzuständige Problemlösungskompetenz der Politik für fast jede Frage unserer Zeit.

- **Viele Millionen Bürger sind überzeugt davon, daß sie selbst die besseren Entscheidungen für unser Land treffen würden.**

Trotzdem sind nur 2% aller Deutschen Mitglied einer Partei und wirken so an der politischen Willensbildung mit.

- **Grundsätzlich ist jedem einsichtig, daß die heutigen Sachfragen in dieser interdependenten Welt in außerordentlich komplexen Zusammenhängen stehen und zahllose Einzelinformationen in die Grundlagen für Entscheidungen einfließen.**

Trotzdem nimmt die Neigung zu, die Welt in schlichte Ja/Nein-Alternativen einzuteilen, im Schwarz/Weiß-Gegensatz zu argumentieren und Entweder/Oder-Entscheidungen zu treffen und den Vereinfachern auf den Leim zu kriechen.

- **Das Informationsangebot war nie größer.**

Trotzdem nimmt die Orientierung ab und die heutige große Freiheitschance für selbstgewählte Bindungen und für selbstgewählte Wertebezüge wird nur wenig genutzt. Beliebigkeit hat Hochkonjunktur.

- **Bislang ist unser Wohlstand in West-Deutschland stetig gewachsen, die persönliche Situation sehr vieler Menschen ist gut bis sehr gut.**

Trotzdem ist der Pessimismus bei vielen Deutschen die ausgeprägteste Erwartungshaltung. Vor allem in der politischen Diskussion in der Bevölkerung liegen sich viel zu viele nur jammern in den Armen, klagen über die böse Welt, die fürchterlichen Zustände und die miserablen Zukunftsaussichten. Gleichwohl ist Deutschland Weltmeister in Freizeit, Urlaubsreisen und Luxuskonsum.

Die repräsentative Demokratie hat abgehoben und das strukturell, nicht allein durch Fehler und Versäumnisse. Die Legitimität der Demokratie bröckelt, weil sie zu weit weg ist von den Menschen. Politik ist zuwenig ein Teil der Gesellschaft. Nicht nur in Deutschland, sondern fast überall nimmt die Politikverdrossenheit zu. Dabei spielt Politik im Denken vieler Bürger eine geringe und fast nebensächliche Rolle. Die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf das Alltagsleben der Menschen werden nur wenig gesehen. Politische Forderungen werden ohne Rücksicht auf Konsequenzen aufgestellt, kaum jemand fühlt sich verantwortlich für die Folgen der von ihm gewünschten Entscheidungen. Das Bewußtsein für die Wechselbeziehungen zwischen Staat und Bürger geht verloren. Das Anspruchsdenken wächst, der Staat wird zum Warenhaus sozialer Gratisleistungen. Die Verantwortlichkeit für die Leistungsfähigkeit der sozialen Systeme wird allein der Politik zugeschoben. Aus Staatsbürgern werden Staatskunden.

Meilenweit sind wir von einer Bürgergesellschaft entfernt, die in einer gelebten demokratisch-pluralistischen Kultur bei Mitbeteiligung und Mitverantwortung der Bürger die Zukunftsentscheidungen trifft. Meilenweit sind wir von einer Bürgergesellschaft entfernt, in der sich der Bürger selbst für das Leben in seiner Gemeinde, für soziale Probleme und für eigene Belange engagiert und selbst Verantwortung übernimmt.

Für mich stellen sich vier entscheidende Fragen für eine demokratische, wirtschaftlich erfolgreiche und sozial gerechte Zukunft Deutschlands:

- Was brauchen wir für die weitere deutsche Einheit - materiell und psychologisch?
- Wie können wir die Soziale Marktwirtschaft und Wettbewerb zum allseits akzeptierten gesellschaftlichen Ordnungsprinzip machen?
- Wie schaffen wir für die Menschen angesichts der Vielfalt von Optionen befriedigende individuelle Perspektiven, damit aus Vielfalt der Möglichkeiten nicht Verunsicherung wächst und aus Freiheit nicht Furcht wird.
- Wie können wir die Politik wieder zu einer Sache der Menschen machen?

Wir brauchen Mut statt Mißmut in Deutschland.

Die zentralen Antwortfelder sind für mich:

1. Die deutsche Einheit und die Wirtschaft
2. Der Verteilungsstaat und die falsche Sozialpolitik
3. Die Überwindung der politischen Vertrauenskrise

1. Die deutsche Einheit und die Wirtschaft

Das natürliche Bestreben jedes Menschen, seine Lage zu verbessern, ist, wenn es sich frei und sicher geltend machen darf, ein so mächtiger Antrieb, daß es ganz allein und ohne Beistand nicht nur das Volk zu Wohlstand und Blüte führen, sondern auch hundert schmäbliche Hindernisse, mit denen die Torheit menschlicher Gesetze sie nur allzu oft zu hemmen suchte, überwinden kann.

Adam Smith

Die innere Einheit bleibt das Thema Nr. 1 deutscher Politik. Auf diese Aufgabe müssen alle Kräfte konzentriert werden. Wer jetzt "kleckert statt zu klotzen", macht diese Aufgabe nur immer teurer. ***Es kann dem Westen auf Dauer nicht gut gehen, wenn es dem Osten auf Dauer schlecht geht.***

Dabei kommt es in erster Linie auf die investive, nicht die konsumtive Verwendung der Mittel an - also auf eine einfache und überschaubare Förderung privater Investitionen. Es kommt auf die Wiederherstellung der zerstörten Infrastrukturen an statt auf den immer weiteren Ausbau von Beschäftigungsgesellschaften und zweitem Arbeitsmarkt. ***Konzentration der Kräfte auf den Aufbau Ost*** ist im Interesse aller Deutschen: für wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und bezahlbare Wohnungen. Wir können diese Aufgabe nur leisten, wenn Wachstumskräfte und Stabilität nicht beschädigt werden: Wachstum im Westen muß die Transferbrücke für den Osten stabilisieren. Die Konjunktur im Westen ist aber in einer kritischen Übergangsphase.

Schon jetzt hat sich das Wachstum merklich verlangsamt. Die Wachstumsprognosen werden für Deutschland Ost und Deutschland West zurückgenommen. Finanzpolitik, Geldpolitik und Lohnpolitik greifen nicht ineinander. Gleichzeitig besteht angesichts der vielfältigen sozialen, verteilungspolitischen, umweltpolitischen oder internationalen Ansprüche ***die Gefahr der gesamtwirtschaftlichen Leistungsüberforderung***. Eine Rezession wird nur zu vermeiden sein, wenn es gelingt, die einzelnen Politikbereiche wieder besser aufeinander abzustimmen, die Ansprüche auf das Machbare zurückzuschrauben und die Prioritäten neu zu setzen. In der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik sind mit guter Begründung die Verantwortungsbereiche getrennt. Insbesondere gefordert sind die Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik, die Sozialpolitik und die Einkommenspolitik. Eine Abkehr vom geldpolitischen Kurs der monetären Stabilität darf es nicht geben. Es würde alles noch schwieriger werden. Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Lage kritisch, weil hohe Tarifabschlüsse im Westen und stark überzogene Lohnanpassung im Osten Arbeitsplätze vernichten. Nur wenn die Wirtschaft im Westen leistungsfähig bleibt, kann der Aufbau im Osten finanziert werden. Wenn die Kuh im Westen verhungert, gibt sie keine Milch für den Osten.

Die straffe **Geldpolitik** und eine **Finanzpolitik** der strikten Ausgaben-
disziplin werden spätestens ab 1993 spürbar restriktiver wirken.
Das muß die Wachstumskräfte nicht schwächen, wenn Wirtschaftspoli-
tik und Tarifpartner diese unmißverständliche Rahmenbedingung
ernst nehmen: Die **Tarifabschlüsse** im Westen müssen unterhalb der
Produktivitätsentwicklung liegen, weil neue Arbeitsplätze in ganz
Deutschland Vorrang vor Einkommensverbesserungen für Arbeits-
platzbesitzer haben müssen. Umso leichter können der Geldwert und
die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden ohne negative Aus-
wirkungen auf die Beschäftigung konsolidiert werden. Je mehr die
Wirtschaftspolitik durch Privatisierung, Deregulierung und Unter-
nehmenssteuerreform von der Angebotsseite her die Wachstumskräfte
stärkt, desto mehr kann auf der Nachfrageseite auf einen restriktiveren
Kurs verzichtet werden.

Von der **Weltwirtschaft** könnten zuverlässigere Wachstumsimpulse aus-
gehen und die kritische Lage entspannen, wenn die Uruguay-Runde
des GATT endlich erfolgreich abgeschlossen würde.
Deutschland mit seiner starken internationalen Verflechtung hilft
sich auch selbst, wenn es konsequent für freieren Welthandel ein-
tritt: Liberalisierungen haben Deutschland seit jeher Vorteile im
internationalen Standortwettbewerb gebracht.

Solide Finanzen, stabiler Geldwert und gesellschaftliche Stabili-
tät müssen die dauerhaften **Standortmerkmale Deutschlands** sein. Län-
der mit der Bonität Deutschlands oder der Schweiz haben traditio-
nell Kapital zu günstigeren Konditionen bekommen als Länder mit
Geldwertproblemen und sozialen Konflikten. Diese Bonität brauchen
wir jetzt um so mehr für die Aufbauarbeit im Osten.

Kapital ist heute knapper denn je, weil die weltweite Reparatur-
arbeit an der Hinterlassenschaft von 40 bis 80 Jahren Sozialismus
begonnen hat: schrottreife Produktionsanlagen und Infrastruktu-
ren, verfallene Wohnungen, zerstörte Umwelt. Die westlichen Indu-
strieländer haben allerdings ebenfalls zu weltwirtschaftlicher
Kapitalvergeudung, geringerer Kapitalbildung und schwächerem
Wachstum durch Fehlkonstruktion unserer Systeme der sozialen Si-
cherung, durch bürokratische Überregulierung, Protektionismus und
Dauersubventionen beigetragen. Von diesem Ballast müssen wir die
Wachstumskräfte auf der Angebotsseite befreien.

Deshalb fordere ich:

- Wir müssen an die erfolgreiche **Politik marktwirtschaftlicher Erneue-
rung** in den 80er Jahren anknüpfen - nicht trotz des Aufbaus
Ost, sondern für einen schnelleren Aufschwung Ost.

Dafür brauchen wir marktwirtschaftliche Ordnungspolitik, die
auf Kontinuität, Berechenbarkeit und gesellschaftliche Stabi-
lität setzt. Hektischer Aktionismus und immer neue Staatsin-
terventionen würden dagegen den Aufschwung nur bremsen: "Mut
statt Mißmut" verlangt klare Perspektiven und Rahmenbedingun-
gen für den Fleiß der Menschen, für Unternehmer, die Arbeits-
plätze schaffen, und für private Investoren.

- Kernstück jeder Politik für den Standort Deutschland muß die **Haushaltskonsolidierung bei Bund, Ländern und Gemeinden sein**. Wenn das Ausgabenwachstum auf diesen Ebenen durchweg auf 2,5 % zurückgefahren würde, könnten allein dadurch fast 50 Mrd. D-Mark eingespart werden. Jeder Wachstums-Prozentpunkt durch Politik für wirtschaftliche Dynamik im Westen bringt Steuer-mehreinnahmen von 43 Mrd. D-Mark. Die Konsolidierung muß selbstverständlich auch die vielen Nebenhaushalte und die Eindämmung der Haushaltsrisiken durch Treuhand-Defizite, Entschädigungsregelungen und Osteuropa-Kreditgarantien mit einschließen.

Jedem, der behauptet, Haushaltskonsolidierung durch Einsparungen sei blauäugig, weil er statt dessen auf Steuererhöhungen setzt, sage ich: Das ist Kapitulation vor der Konsolidierungsaufgabe und würde immer wieder die nächste Steuererhöhung nach sich ziehen. Hier liegt die eigentliche Gefahr aller Steuererhöhungspläne. Jeder Investor im Inland und Ausland würde dies als Abkehr von finanzpolitischer Solidität deuten.

Ungebremste Neuverschuldung führt in die **Verschuldungsfalle**; Zinslasten fressen die Mehreinnahmen aus Wachstum auf und gefährden so die Grundlagen für Wohlstand, soziale Leistungen und Umweltvorsorge. Mit Steuererhöhungen statt eisernem Sparen schwächt man nur die Wachstumskräfte und die Kräfte gesamtwirtschaftlicher Vernunft in den Tarifverhandlungen.

- Deutschland muß wieder die **Nummer 1 in marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik werden**. Wir sind nicht mehr unangefochtener internationaler Primus bei den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen. Unsere wichtigsten Wettbewerber haben das Erfolgsrezept der deutschen Marktwirtschaft mit zunehmendem Erfolg übernommen und ausgebaut: Geldwertstabilität, Haushaltskonsolidierung, Wettbewerb, eine leistungsfördernde Steuerreform mit abgesenkten Sätzen bei jenen Steuern, die auf Leistungs- und Risikobereitschaft einwirken sowie Privatisierung und Deregulierung. Wir haben weiterhin Standortvorteile durch gut ausgebildete, leistungsfähige und fleißige Menschen, durch eine lange Tradition marktwirtschaftlicher Ordnung. Aber fleißig und lernfähig sind auch andere.
- **Verantwortung** für die innere Einheit Deutschlands tragen auch die **Tarifpartner**. Von ihnen müssen die gleiche Ehrlichkeit und der gleiche Mut gefordert werden, die zu Recht von den Politikern erwartet werden: Es geht darum, überzogene Ansprüche an den Ausbau West zurückzuschrauben und darum, daß die Verweigerung, sich auf die neue Lage in Deutschland und Europa umzustellen, endlich aufbricht.
- Wir brauchen **Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen**, notfalls durch Eingriff des Gesetzgebers. Denn wir können uns in Deutschland eine Kombination explodierender Lohnzusatzkosten und extremer Starrheit bei Tarifvereinbarungen und Maschinenlaufzeiten

nicht länger erlauben. Flexibilität durch Öffnungsklauseln bei den Tarifverträgen brauchen wir vor allem in den neuen Bundesländern. Bei vielen Arbeitsplätzen kann dort heute niemand generell wissen, zu welchen Lohnsätzen ostdeutsche Betriebe wieder wettbewerbsfähig werden oder wettbewerbsfähig bleiben können. Am ehesten werden je nach regionaler und betrieblicher Lage die Betriebsräte und Unternehmer wissen, auf welche Entlohnung man sich vorläufig einigen kann, um Arbeitsplätze zu sichern.

- Wir brauchen **Arbeitsplätze statt Beschäftigungstherapie**. Jeder sanierungsfähige Betrieb muß durch Starthilfe und flexible Tarifvereinbarungen eine Chance bekommen. Wenn sich zeigt, daß selbst Lohnzurückhaltung und staatliche Förderung nicht ausgereicht haben, einen Betrieb innerhalb einer vorgegebenen Frist wettbewerbsfähig zu machen, dann sind die Arbeitnehmer wenigstens bis dahin in einem solchen Betrieb in echter Arbeit gewesen, haben ihre Fähigkeiten nicht verkümmern lassen und sind nicht dem Frust von Arbeitslosigkeit und Beschäftigungstherapie-Gesellschaften unterworfen gewesen. Dann haben sie sich wirklich weiterqualifiziert.
- Die überschnelle **Aufholjagd bei den Löhnen** vernichtet Arbeitsplätze. In vielen Standorten der neuen Bundesländer werden 1993 die Arbeitskosten bereits höher liegen als z.B. in Japan. Das ist unausweichlich, wenn man sich an Stuttgarter Tarifabschlüssen orientiert. Niemand erwartet jedoch, daß die Produktivität der ostdeutschen Standorte in den nächsten Jahren auch nur annähernd so hoch sein wird wie in Japan. Im Vergleich zu Westdeutschland liegen die Lohnstückkosten in der ostdeutschen Industrie bei 216 %! Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer weiterhin konjunkturschädliche, mittelstandsfeindliche und arbeitsplatzvernichtende Tarifabschlüsse vereinbaren, müssen sie sich nicht wundern, wenn die Forderungen nach staatlichem Eingriff in die Tarifautonomie lauter werden.

Bei der Einschätzung, wie schwer der Aufbau in den neuen Bundesländern sein wird, hat es zwar viele Irrtümer gegeben. Aber jeder hat gewußt oder wissen können: Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern können nicht geschaffen werden, wenn die Lohnsätze völlig von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelt werden. Diese Abkoppelung haben aber die Tarifabschlüsse und die Entwicklung der Lohnzusatzkosten gebracht.

- Mit **Starthilfen für ostdeutsche Unternehmen** müssen wir bei der Umstellung auf Wettbewerbsmärkte "Zeit kaufen" und durch langfristig kalkulierbare Förderbedingungen für verstärkte private Investitionen in ostdeutsche Betriebe sorgen. Ostdeutsche Arbeitsplätze müssen vor allem im Mittelstand geschaffen werden, denn ohne einen breiten **Mittelstand** gibt es keine Marktwirtschaft, fehlt gesellschaftliche Stabilität. In den neuen Bundesländern fehlt trotz der erfreulichen Zahl von Existenzgründungen vor allem der industrielle Mittelstand. Überdimensio-

nierte Großbetriebe der ostdeutschen Industrie gehören zur sozialistischen Erblast des Staatsmonopolismus.

- Die **Dauersubventionen** müssen deutlich reduziert werden, notfalls durch ein Haushaltsstrukturgesetz. Es kann nicht länger hingenommen werden, daß z.B. den Arbeitern in der ostdeutschen Braunkohle ein Abbau von durchschnittlich über 30.000 Arbeitsplätzen pro Jahr bei Abfindungen von 5.000 DM pro Beschäftigten zugemutet wird, während die westdeutsche Steinkohle einen Abbau von durchschnittlich 3.000 Arbeitsplätzen pro Jahr bei Umstellungshilfen von 100.000 DM pro Beschäftigten als sozial unzumutbar zurückweist. Das kann in Westdeutschland so nicht bleiben.
- Das **Planungsrecht muß für Ostdeutschland vereinfacht werden**. In Ost und West brauchen wir Abbau von Bürokratie und Regulierungen statt Wiederbelebung von alten Rezepten dirigistischer Industriepolitik, die nichts anderes ist als Planwirtschaft in anderem Gewand. Wir brauchen Privatisierung, damit sich der Staat auf seine wichtigen, hoheitlichen Aufgaben konzentriert, damit wir weniger Bürokratie, aber eine leistungsfähigere Staatsverwaltung bekommen - für den einzelnen Bürger, für einen schnelleren Aufschwung Ost und für den internationalen Wettbewerb.
- Die **Reform der Unternehmensbesteuerung** und der Gemeindefinanzen sowie die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen sofort angegangen werden. Zu einem starken Standort gehören steuerliche Entlastung der Unternehmen im Interesse bestehender und neuer Arbeitsplätze, leistungstarke Gemeinden und Regionen. Wir brauchen eine aufkommensneutrale Reform der Unternehmenssteuern noch in dieser Legislaturperiode.
- Wir brauchen eine **neue Finanzverfassung**, weil ohne Reform der Gemeindefinanzen und des Finanzausgleichs die Reform der Unternehmenssteuern nicht vorankommt. Die F.D.P. hat das Konzept für eine Neuordnung der deutschen Finanzverfassung entwickelt: Die Gemeinden erhalten als Ausgleich für die Abschaffung der Gewerbesteuer Einnahmequellen, die robust sind gegen Konjunkturschwankungen: die Beteiligung an der Umsatzsteuer und an der Mineralölsteuer.

Ich schlage darüber hinaus vor, daß die **Gemeinden** das Recht auf einen eigenen Spielraum für Zu- oder Abschläge bei der **Lohn- und Einkommensteuer** erhalten (Art. 106, Abs. 5 GG). Statt des heute zugewiesenen Anteils von pauschal 15% könnten dann künftig in eigener kommunaler Entscheidung 13% oder auch 17% als Gemeindesteuer erhoben werden. Das sind die Eckpfeiler für quantitativ und qualitativ mindestens gleichwertige Gemeindefinanzen bei Abschaffung der Gewerbesteuer und der betrieblichen Vermögenssteuer. Die Bundessteuer muß dann um diesen Satz gesenkt werden.

Für die neuen Bundesländer beschleunigt eine solche Neuordnung der Finanzverfassung einen fairen Länderfinanzausgleich. Schon vor seinem Inkrafttreten muß die Finanzausstattung der Gemeinden in den fünf neuen Bundesländern schnell verbessert werden.

- Im **Wohnungsmarkt** müssen wir auf mehr Markt und Baulandmobilisierung setzen. Die niedrigen Mieten im Osten sind keine "Er rungenschaft" des Sozialismus, der nun nachzutruern ist; sie sind vielmehr eine Erblast: sie sind die Ursache für den verrotteten Wohnungsbestand und für zu wenig Wohnungen. Auch im Westen würden Mietstop-Versuche nur zu weniger Wohnungen und deswegen zu höheren Mieten führen. Für einkommensschwache Mieter ist Wohngeld der beste Ausgleich; sozialer Wohnungsbau darf nicht in die unsoziale Falle der Fehlbelegung führen.
- **Umweltpolitik** muß den gleichen gesellschaftlichen und politischen Rang erhalten wie die ökonomische Stabilität und die soziale Sicherung. Die Leistungskraft einer Volkswirtschaft wird in Zukunft davon abhängen, ob es gelingt, mit marktgerechten Mitteln umweltfreundliche Verfahren und Produkte durchzusetzen. Auf die wirklich vordringlichen Maßnahmen der Umweltvorsorge können wir aus Verantwortung für unsere Kinder nicht verzichten. Das wäre so falsch wie die Belastung künftiger Generationen durch ausufernde Staatsverschuldung, durch Kapitalvergeudung im leistungsfeindlichen, bürokratischen Stückwerk der sozialen Sicherung.
In Deutschland müssen wir zwischen Ost und West abwägen. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit von Umweltvorsorge kann es nicht länger angehen, daß z.B. im Westen bei der Abwasserreinigung 98 % erreicht werden müssen, während die meisten Gemeinden an der Saale ihre Abwässer weiterhin ungeklärt einleiten. Kurz hinter Wittenberge wird dieses Umweltproblem von Sachsen-Anhalt und Brandenburg zum Umweltproblem für Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg, spätestens in der Nordsee für uns alle.
- Die **Industriegesellschaft muß nicht Feind der Umwelt sein**. Die heute ökonomisch hochentwickelten Länder müssen aber der Tatsache Rechnung tragen, daß ihr Wohlstand auch auf dem weltweit übermäßigen Verbrauch an natürlichen Ressourcen beruht. Es ist deshalb Sache aller Länder, sich umzustellen.
- Weil Umweltvorsorge ein globales Problem ist, muß Entwicklungshilfe auch an Programme für die **Kontrolle des Bevölkerungswachstums** gebunden werden. An der Eindämmung des Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt führt kein Weg vorbei, im Interesse der Menschen und der Umwelt. Eine Weltbevölkerung von 3 Mrd. Menschen im Jahre 2005 ist ein Alptraum. Eine Weltbevölkerung von 8 Mrd. Menschen macht alle Anstrengungen der Armutsbekämpfung und des Umweltschutzes vergeblich.

2. Der Verteilungsstaat und die falsche Sozialpolitik

Der Staat - das ist die große Illusion, daß jedermann auf Kosten von jedermann leben kann.

Frederic Bastiat

Kein Begriff in der Politik ist so unklar und emotional beladen und damit grenzenlos manipulierbar wie der des "Sozialen". Unsere Sozialpolitik ist zur Spielwiese für Heilsprediger der sozialen Beglückung geworden. Der "zwangsbeglückte" Bürger merkt gar nicht mehr, wie er durch staatlich verordnete Hilfe im Sozialbereich immer mehr in Abhängigkeit und Unmündigkeit gedrängt wird. Er sieht nicht, in welchem Ausmaß die Sozialleistungen, die er erhält, von ihm selbst bezahlt werden. Unser Sozialsystem gleicht einem grandiosen Verschiebebahnhof mit ständig wechselnden Abfahrtszeiten und Bahnsteignummern - bürokratisch, intransparent und für den Bürger nicht mehr nachvollziehbar. Daraus resultiert ein Anspruchsdenken in astronomischen Größenordnungen.

Ausgabenzuwachs und die demographische Struktur in der Bundesrepublik machen ein ständig härteres Anziehen der Schrauben Beitragserhöhung, Leistungskürzung und - für die Rentenversicherung - Verlängerung der Lebensarbeitszeit unausweichlich, wenn nicht gesteuerte Zuwanderung das Generationenverhältnis ins Gleichgewicht bringt. Die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen sind aber bereits bis zum Anschlag hochgedreht. Weitere Abgabenlast und Lohnnebenkosten werden zur ungeordneten Selbstaflösung führen, wie sie bei der gesetzlichen Krankenversicherung bereits begonnen hat. Auf die strukturellen Probleme reagiert die Politik mit Notreparaturen. Auch der aktuelle Entwurf der Gesundheitsreform ist keine wirkliche Reform, sondern eine Reparatur der Reparaturen.

Deshalb fordere ich:

- Soziale Sicherheit darf nicht länger hypertrophierte, staatlich sanktionierte allumfassende Sicherheitssysteme heißen, sondern muß dem Bürger Anreize bieten, **eigenverantwortliche Vorsorge** gegen typische Risiken zu treffen, denen der Mensch ausgesetzt ist. Nur dadurch wird Sozialpolitik auf ihren rationalen Kern zurückgeführt, allen Bedürftigen eine menschenwürdige Existenz zu sichern.
- Das **System der Sozialleistungen** insgesamt muß **übersichtlicher, transparenter** und für den Bürger **begreifbarer** gestaltet werden. Mit derzeit ca. 90 Sozialleistungen, die von über 40 Behörden gewährt werden, ist das nicht zu machen.

- Der gordische Knoten in unserem Fürsorgestaat liegt in der **planmäßigen Verwirrung der Menschen**. Die Arbeitnehmer werden darüber hinweggetäuscht, was ihnen vom Staat alles aus der Tasche gezogen wird. Künftig müssen wie in Frankreich **alle Lohnbestandteile an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden** einschließlich aller Arbeitgeber-Anteile zu den Sozialversicherungen. Nur so kann dem Arbeitnehmer bewußt gemacht werden, wie hoch die Abgaben- und Steuerlast ist. Nur so kann dem Arbeitnehmer klar gemacht werden, daß er auch den Arbeitgeberanteil mit seiner Arbeit erwirtschaften muß. Nur so kann dem Arbeitnehmer vor Augen geführt werden, wieviel seiner Sozialleistungen in den Bürokratien versickert, und wie wenig er zurückbekommt.
- Dringender Handlungsbedarf besteht für eine wirkliche Reform der **sozialen Krankenversicherung**, die den vom Schicksalsfall Krankheit getroffenen Bürger auf Dauer schützt und bezahlbar bleibt. Das kann nur ein an marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichtetes Gesundheitswesen leisten. Für die Bürger muß Wahlfreiheit geschaffen werden; die Leistungserbringer müssen sich dem Wettbewerb stellen.

Alle Bürger müssen eine **Mindestsicherung** für den Krankheitsfall abschließen. Für die Auswahl des Versicherers haben sie Wahlfreiheit. Der Umfang der Mindestsicherung entspricht dem bisherigen Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung bei Ausschluß aller medizinisch nicht unbedingt notwendigen Leistungen (Negativliste).

Da diese Grundsicherung niedrigere Versicherungsbeiträge im Vergleich zum jetzigen System ermöglicht, **steigen die Netto-Einkommen der Arbeitnehmer**. Es bleibt jedem einzelnen überlassen, ob und in welchem Umfang er sich über die Grundsicherung hinaus versichert. Der mündige Bürger kann selbst entscheiden, wieviel er von seinem Einkommen für Risikoversicherung ausgeben will.

Für die gesetzlichen Krankenkassen bedeutet das, daß sie wieder zu echten Versicherungen werden müssen, die untereinander um Versicherungskunden konkurrieren. Das Sachleistungsprinzip wird abgeschafft. An seine Stelle tritt das **Kostenerstattungsprinzip**. Über die Höhe einer eventuellen Selbstbeteiligung im Versicherungsfall entscheidet jeder Bürger selbst.

Ein solches System beseitigt die Anreize, die Einrichtungen des Gesundheitssystems zu mißbrauchen (moral hazard).

- **Arbeitslosengeld**, Bezahlung in **ABM-Maßnahmen und Beschäftigungsgesellschaften** müssen nach Höhe und Dauer so bemessen werden, daß genügend Anreize zur Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses im normalen Arbeitsmarkt bleiben. (Auch die Sozialhilfe einschließlich Zusatzleistungen muß daraufhin überprüft werden, ob sie diese Bedingung erfüllt).

Die Kriterien der **Zumutbarkeit** für die Aufnahme eines angebotenen Arbeitsverhältnisses müssen wieder strikter gehandhabt werden. Insbesondere im Hinblick auf die regionale und sektorale Mobilität. Angesichts der gewaltigen Umstellungen, die den Menschen in Ostdeutschland abverlangt und von ihnen akzeptiert werden (Pendler!), ist es unakzeptabel, wenn im Westen Arbeitnehmer einen nur wenige Kilometer entfernten Ersatzarbeitsplatz als unzumutbar ablehnen, wie wir es 1987/88 in Rheinhausen erlebt haben.

ABM-Mittel dürfen nicht so eingesetzt werden, daß sie die Entwicklung eines gewerblichen Mittelstandes - vor allem in Ostdeutschland - gefährden.

ABM-Mittel und Beschäftigungsgesellschaften sind gleichwohl angesichts der sehr hohen Arbeitslosigkeit in den fünf neuen Bundesländern zur Zeit unverzichtbar. Es muß aber versucht werden, einen Teil der ABM-Maßnahmen so zu gestalten, daß sie für die Betroffenen in dauerhafte Arbeitsverhältnisse auf dem normalen Arbeitsmarkt einmünden. Hierfür wäre es hilfreich, wenn die Gemeinden anstatt solcher ABM-Mittel für eine begrenzte Zeit finanzielle Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt erhielten. Die Gemeinden müssen verpflichtet werden, solche Mittel in Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen für die Beseitigung von Umweltschäden (z.B. Rekultivierung im Braunkohlenrevier) einzusetzen.

- Die Beiträge der Arbeitslosenversicherung wie auch der übrigen Sozialversicherungen dürfen **nicht für versicherungsfremde Leistungen** herangezogen werden. Die Sozialversicherungen sind keine Notkassen des Staates.
- Die **beitrags- und leistungsbezogene Rente** muß durch private Eigenvorsorge ergänzt werden. Die Renten bleiben sicher, aber sicher nicht ausreichend. Das Rentensystem - ohnehin durch die Einbeziehung der Rentner aus den neuen Bundesländern "durchlöchert" - wird durch die demographische Entwicklung zur unzumutbaren Belastung der Erwerbstätigen. Auch deshalb muß Deutschland die Einwanderung steuern.

3. Die Überwindung der politischen Vertrauenskrise

Konservatismus mag oft eine nützliche praktische Maxime sein, aber er bietet uns keine leitenden Grundsätze, die langfristige Entwicklungen beeinflussen können.

Friedrich A. von Hayek

Politiker und Parteien hatten wohl nie den besten Ruf. Jetzt sind sie endgültig negativ im Gerede. Seit die Politik durch die deutsche Einheit die schwierigste Aufgabe seit dem Wiederaufbau zu bewältigen hat, hat sich der Verdruss über die Politik zur politischen Vertrauenskrise verschärft. Die Bürger sind durch die riesige Aufgabe "Deutsche Einheit" beunruhigt. Sie haben nicht das Gefühl, daß Politik und Parteien in der Verfassung sind, die drängenden Probleme wirklich zu lösen.

Deshalb gibt es nur zwei Antworten auf die politische Vertrauenskrise: Wir müssen beweisen, daß wir die Probleme der inneren Einheit lösen können. Und wir brauchen strukturelle Reformen in der Politik und den Parteien.

Die Vollendung der inneren Einheit muß Priorität allen staatlichen und gesellschaftlichen Handelns sein.

Deshalb fordere ich:

- In unser Grundgesetz muß die Staatszielbestimmung "**Vollendung der inneren Einheit**" aufgenommen werden.
- Die Einheit wird nur mit den Prinzipien und Werten unseres Grundgesetzes und unseres Rechtsstaates zu erreichen sein. Aber wenn wir das im Westen Deutschlands in 40 Jahren Entwicklung überregulierte System dem Osten aufpfropfen, wird sich der Aufschwung im Gestrüpp der Bürokratie verfangen.
- Bei der **Neuordnung der Eigentumsverhältnisse** in den neuen Bundesländern wird am Prinzip Rückgabe vor Entschädigung festgehalten. Jede Abkehr von diesem Prinzip würde ins Chaos führen. Altem SED-Unrecht darf nicht neues Unrecht folgen. Die Hinterlassenschaft von 40 Jahren sozialistischer Unrechtsherrschaft und Mißwirtschaft müssen beseitigt werden. Schnelle Reprivatisierung des enteigneten Vermögens und eine gleichzeitige noch weitergehende Öffnung des Prinzips für die Vorfahrt von Investitionen sind hier die besten Mittel. Zusätzlich müssen bürokratische Hemmnisse in den Verfahren beseitigt werden. Die Anforderungen der neuen Bundesländer nach personeller Hilfe sind weitgehend zu erfüllen. Deswegen muß bei Beförderungen im öffentlichen Dienst der alten Bundesländer die Bereitschaft zum Dienst in den neuen Bundesländern berücksichtigt werden.

- Die deutsche Einheit stellt uns mehr Aufgaben als nur die Angleichung der Lebensverhältnisse. Sie fordert uns auch dazu auf, die Menschen in den neuen Bundesländern mit dem Stasi-Erbe nicht allein zu lassen. Die **Bewältigung des Stasi-Erbes** ist für alle Deutschen eine große Herausforderung. Niemand sollte sich der Illusion hingeben, daß das Stasi-Unrecht, das im Osten Deutschlands begangen wurde, auch nur dort bewältigt werden muß. Die Stasi-Vergangenheit läßt sich nicht nach dem Motto behandeln: Im Osten geschehen, im Osten bewältigen. Die Aufarbeitung der Geschichte des SED-Unrechtsregimes ist vielmehr Aufgabe aller Deutschen.

- **Der Rechtsextremismus** erlebt eine Wiederkehr durch die politische Vertrauenskrise der etablierten Parteien. Rechtsextreme tragen zur Lösung der Probleme nichts bei. Aber auf dem Boden zaudernder und zögerlicher Politik blüht die Ernte der Demagogen und Polit-Agitatoren. Die Schlichtheit der radikalen Botschaft empfinden viele als wohltuend, weil nachvollziehbar. Die zunehmende Kompliziertheit von Politik und Gesellschaft und das Gefühl, die Politiker versagten, werden die Gruppe der Überforderten wachsen lassen und damit das Potential für die rechtsextremen Weltvereinfacher noch vergrößern. Deshalb muß die Politik einerseits durch eigene Leistungen überzeugen und andererseits die Rechtsextremen als das entlarven, was sie sind, nämlich raffinierte Rattenfänger.

- Wir brauchen ein **Konzept zur Zivilcourage**. Unser Rechtsstaat kann nur funktionieren, wenn ihn die ehrlichen Bürger aktiv tragen. Die alltägliche Kriminalität macht den Bürgern Angst. Es ist ein Trugschluß, daß man Verbrecher mit immer neuen Paragraphen besser fangen könnte. Die Bestrafung beginnt immer erst, wenn die Polizei den Täter hat. Alle Verbesserungen in der Polizeiarbeit und Strafverschärfungen nützen nichts, wenn die Bürger wegsehen bei kriminellen Handlungen oder bei Gewalt auf der Straße, wenn sie sich vor Zeugenaussagen drücken und Gesetzesübertretungen in vielen Fällen für Kavaliersdelikte halten.

- Ein **neues Verhältnis von Bürger und Staat** ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft von Freiheit und Wohlstand in Deutschland. Der Vorrang für die Freiheit des einzelnen vor der Macht des Staates gehört zum Kernbestand der liberalen Philosophie. Dabei verkennen Liberale nicht die Janusköpfigkeit des Staates, der stets Freiheit beschränkt, aber stets auch Freiheit sichert. Jedes politische Handeln dreht sich im Ergebnis um die sensible Gewichtung zwischen staatlichem Eingriff und persönlichem Gestaltungsraum. Aber diese Abwägung findet in der Diskussion politischer Probleme kaum noch statt. Der Ruf nach dem Staat ist im Gegenteil lauter geworden in den letzten Jahren, und sehr viele Menschen fordern fast blindlings neue staatliche Regelungen bei fast jedem neuen Problem.

Auch die Politik reagiert bei jedem Problem mit dem Reflex der Gesetzgebung. Die Flut von Gesetzen und Verordnungen hat aber

nicht zu mehr sondern zu weniger Recht für den Bürger geführt. Das Recht ist zur Waffe in der Hand des Rechtskundigen geworden.

Die Bürokratisierung menschlichen Lebens hat in einem unerträglichem Ausmaß zugenommen. Immer mehr Reglementierungen sorgen für eine **schleichende Einengung, Kanalisierung und Nivellierung der persönlichen Freiheit** und gefährden damit unsere Zukunftschancen in der weltweiten Entwicklung zur Informationsgesellschaft. Durch die Informationsgesellschaft ist mehr Freiheit nicht nur möglich, sondern zwingend nötig. Radikal müssen wir Individualität, Kreativität, Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung freisetzen, denn das sind die entscheidenden Erfolgsfaktoren für die Gesellschaft der Zukunft.

Aber Deutschland geht noch in die genau entgegengesetzte Richtung. Die Sehnsucht nach dem Fürsorge- und Vollkaskostaat nimmt bei uns immer noch zu, während selbst in Schweden dieser teure Irrweg inzwischen verlassen wird. Bei uns hat jeder den Beifall sicher, dem noch etwas einfällt, was beschränkt, verordnet und verboten werden könnte. Bei uns geht inzwischen jede zweite Mark über den Staat und die Sozialversicherungskassen (Staatsquote). Staatliche Bürokratie beschäftigt sich überwiegend damit, das Geld des Bürgers zu konsumieren und den verbliebenen Rest an die Bürger zurückzugeben. Für jeden Wechselfall des Lebens gibt es tonnenweise Gesetzestexte, und viele merken gar nicht mehr, wie ihre schöpferischen Kräfte im wuchernden Paragraphendschungel erstickt werden. Max Weber hat **Bürokratie als das Gefängnis künftiger Visionen** bezeichnet. Inzwischen hat die täglich wachsende und wuchernde Bürokratie längst die Spielräume der Gegenwart eingesperrt. Und viel zu viele Menschen halten den Kraken Bürokratie für die Normalität.

Wir müssen **weniger Staat und weniger Bürokratie** wagen. Wir müssen uns lösen vom bisherigen Staats- und Planungsdenken. Der Staat ist ein schlechter Unternehmer und ein schlechter Dienstleistungsbetrieb. Wir brauchen einen radikalen Abbau der Bürokratie und eine radikale Beschneidung des Staates auf seine rein hoheitlichen Aufgaben. Der alte Vater Staat und sein patriarchalischer Regelungsdrang müssen sterben, damit individuelle Freiheit, wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Zukunft eine Lebenschance haben.

Meine Streitschrift für Bürokratieabbau wurde zum Ausgangspunkt für das von der F.D.P. beschlossene Konzept "Weniger Staat! Weniger Bürokratie!". Darin sind meine zahlreichen Einzelforderungen genannt, wie wir die Aufgaben und die Grenzen der Staatstätigkeit so bestimmen können, daß der einzelne Bürger ein Optimum an persönlichem Gestaltungsraum erhält und gleichzeitig seine Bereitschaft zu persönlicher und sozialer Verantwortung gestärkt wird.

Mehr Freiheit und weniger Staat wird zum rationalen Gebot für die Zukunftsgestaltung. Den Imperativ für das Verhältnis von Staat und Bürger hat Montesquieu vor über 200 Jahren formuliert: "Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es nötig, kein Gesetz zu machen."

Die Gründe der wachsenden **Politikverdrossenheit** sind vielfältig. Dazu gehört auch die Vielzahl der Wahlen im vereinten Deutschland. Deshalb brauchen wir die **Bündelung der Wahltermine**. Die 19 Wahlen des "Superwahljahres 1994" werden zu einem Dauerwahlkampf führen, der die Politik weitgehend handlungs- und entscheidungsunfähig macht, sachorientierte Lösungen verzögert, Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit verstärkt. Deswegen fordere ich die grundgesetzliche Festlegung von zwei Wahlterminen im Jahr.

Eine zentrale Ursache der Politikverdrossenheit bei uns in Deutschland ist aber ganz sicherlich, daß die direkte politische Arbeit von viel zu wenig Menschen getragen wird.

Denn hier liegt ein wesentlicher Teil der Lösung. Gehaltskürzungen bei Ministern, unabhängige Kommissionen für Abgeordnetendiäten und allgemeine Besserungsparolen bleiben allesamt kosmetisch. Sie vergrößern sogar eher die Distanz zwischen Wähler und Gewählten, sie überschminken keine Schwächen, sie tragen eher zur Betonung der pauschalen Beanstandungen bei und geben allgemeiner Kritik nur neue Nahrung.

Politik konkurriert mit zahlreichen anderen gesellschaftlichen Aktionsmöglichkeiten. Das **ehrenamtliche Engagement in Parteien und für Parteien läßt nach**, hat mit seinem "Unterhaltungswert" keine Chance. Die Mitgliederzahlen sinken. Schon mangels Masse können die Parteien die Massen immer weniger erreichen, ihre Aufgabe als Mittler zwischen Bürger und Staat immer weniger wahrnehmen.

Daran sind die Parteien z.T. selbst schuld. Wir machen Parteiarbeit immer noch, als sei gerade das Dampfmaschinenzeitalter angebrochen. Seit hundert Jahren hat sich an den grundsätzlichen Strukturen der Parteiarbeit nichts verändert.

Deshalb wird es Zeit für eine **radikale Reform der Parteiarbeit**, die die Parteien näher zum Bürger und die Bürger näher zu den Parteien bringt. Gerade bei diesem Thema will ich keine Forderungen an andere stellen, sondern an uns selbst. Die F.D.P. muß sich durch eine Reform ihrer Strukturen den Anforderungen der modernen Gesellschaft öffnen. Die F.D.P. muß zu der liberalen Bürgerpartei in Deutschland werden.

Die Thesen meines Konzeptes sind:

1. Die F.D.P. paßt ihre Parteistruktur an die Bedingungen der Informationsgesellschaft an. Die Strukturreform orientiert sich dabei an den neuen Verhaltensweisen der Bürger und an einem effektiven Einsatz der Parteiressourcen.
2. Die F.D.P. öffnet sich dem direkten Einfluß der Bürger in Form Liberaler Clubs, die die Menschen nicht zur Parteimitgliedschaft verpflichten und doch politische Mitwirkungsmöglichkeiten anbieten, bis hin zum Antragsrecht auf Parteitag und zur Mitwirkung bei der Kandidatenwahl.
3. Die Reform der Führungsstruktur der F.D.P. orientiert sich an den Zielen der Herstellung von mehr Transparenz, der effektiven Entscheidungsfindung, der Anerkennung des Dualismus Fraktion/Regierung auf der einen Seite und Partei auf der anderen.
4. Die Führungsgremien der Partei teilen sich auf in Gremien, die politische Richtungsentscheidungen von strategischer Bedeutung treffen und die Durchführung kontrollieren (Bundesparteitag und Bundesvorstand) und in exekutive Gremien, die für die Umsetzung der Politik sorgen (Fraktions-, (einschließlich ggf. Regierungsmanagement) und Parteimanagement).

Wer die Freiheit liebt, hat keinen Grund, vor den Problemen des vereinigten Deutschlands zu verzagen. Gefragt ist eine klare Analyse von Erfolgen und Fehlern. Und Vorschläge, wie Fehler vermieden und Erfolge vermehrt werden können. Darüber müssen wir in Deutschland miteinander reden, notfalls auch streiten. Dazu will diese Schrift einen Beitrag leisten, sie will anregen, Mißmut durch Mut zu überwinden.

Bad Münstererfeld, 19. August 1992